

Roland Mitschke

Vorsitzender der CDU-Fraktion im RVR

zum RVR-Haushalt 2016

in der Verbandsversammlung am 11. Dezember 2015

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Regionaldirektorin,

sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren!

Wir verabschieden heute den zweiten Haushalt in dieser Wahlperiode der Verbandsversammlung und gleichzeitig den ersten Haushalt auf der Grundlage des neuen RVR-Gesetzes. Die drei Koalitionsfraktionen sind bemüht, die neuen Möglichkeiten zu nutzen und in der Zusammenarbeit in der Region und in der Bewältigung der Probleme neue Initiativen zu entwickeln. Im Frühjahr 2013 haben wir in der Verbandsversammlung gemeinsam den Landesgesetzgeber in unserer Resolution zur Änderung des RVR-Gesetzes aufgefordert. Unserer gemeinsamen Forderung ist der Landtag im Mai dieses Jahres mit dem Gesetz zur Stärkung des Regionalverbandes Ruhr mit den Stimmen von SPD, CDU und Grünen nachgekommen. Die gemeinsame Abgeordnetenkonferenz vom 21. November hat sich in wichtigen Fragen der Region auf gemeinsame Forderungen gegenüber Düsseldorf, Berlin und

Brüssel verständigt. Dieser Konsens ist eine außerhalb der Region wahrgenommene neue Stärke und hat in der Region eine breite Akzeptanz.

Gleichwohl wird es niemanden verwundern, dass CDU, SPD und Grüne hier im Hause auch eigene Akzente im politischen Geschäft setzen wollen.

Aus CDU-Sicht will ich folgende Punkte ansprechen:

1. Wir haben in diesem Jahr mit den Vorbereitungen für die Standortwerbekampagne begonnen. Die Region braucht neue Arbeitsplätze. Deswegen müssen wir Investoren aus dem In- und Ausland die Attraktivität der Metropole Ruhr nahe bringen und für unsere Region als Investitionsstandort werben. Der erste Schritt ist eine Stärken-Schwächen-Analyse als Grundlage für die Kampagne, die hoffentlich im vierten Quartal des nächsten Jahres starten kann. Der Haushalt schafft die Finanzierungsgrundlage. Die kommunalen Wirtschaftsförderer tragen diese Initiative mit und auch die Aussicht, die private Wirtschaft für ein Engagement zu gewinnen, ist gut.
2. Weiter müssen wir uns noch intensiver mit der Frage beschäftigen, ob zwischen den inzwischen zahlreichen Universitäten und Hochschulen der Region und der Wirtschaft in der Region genug Austausch und Zusammenarbeit stattfinden. Die aus den Hochschulen sich entwickelnden Existenzgründungen haben offensichtlich Luft nach oben. Die aktuelle Studie von Prof. Kriegesmann zur Wissenschaftsregion Ruhr zeigt hier konkreten Handlungsbedarf auf. Ein deutliches Umdenken bei den Hochschulen zeigt die Initiative "World Factory" von Prof. Weiler, dem langjährigen Rektor der Ruhr-Universität. Selbstständigkeit als Studienziel ist ein mehr als begrüßenswertes Novum. 250.000 Studenten an den Hochschulen der Region

sind ein Potential, mit dem wir stärker wuchern sollten, hören wir doch bundesweit die Klage vom Fachkräftemangel.

3. Begleitend hierzu wollen wir das Problem der Metropole Ruhr als Hochsteuerregion angehen. Hebesätze bei der Gewerbesteuer von 500 und mehr oder bei der Grundsteuer von 800 oder sogar 900 sind bei der Akquisition von Unternehmen auf Messen wie der ExpoReal kontraproduktiv. Duisburg liegt aktuell bei 510 und Düsseldorf bei 440. Wie will Duisburg diesen Wettbewerb zum Nachbarn bestehen? Noch dramatischer sind die Vergleiche zu den neuen Industriestandorten im Sauerland und im Münsterland. Attendorn, Sitz der Kirchhoff-Automotive, hat 360, Bochum mit den leeren Opel-Flächen 495. Prof. Junkernheinrich hat vor zwei Wochen hier im Hause dazu fachkundig vorgetragen. Wir streben einen einheitlichen Höchst-Hebesatz bei der Gewerbesteuer auf niedrigem, regionalverträglichem und wettbewerbsfähigem Niveau an. Wir teilen nicht die Vorstellung des Herner Kämmerers, der das Gewerbesteueraufkommen in der Region in einem Topf vereinnahmen und dann verteilen möchte. Das Interesse jeder Stadt an Unternehmensansiedlungen muss erhalten bleiben. Eine Reise von tausend Meilen, beginnt mit dem ersten Schritt, sagt der chinesische Philosoph Laotse. Wir wollen als ersten Schritt in einer Studie untersuchen lassen, wie wir unter Beachtung der kommunalen Satzungshoheit zu einer Lösung kommen können. Auch die Grundsteuer-Hebesätze haben längst eine Höhe erreicht, die mehr als bedenklich ist und keine Anreize schafft, in der Region im Wohnungsbau zu investieren. Für die Wohnungsmiete gibt es eine Mietpreisbremse, wo bleibt die Bremse für die 2. Miete?
4. Wir sind fest davon überzeugt, dass die europäischen Fördertöpfe für die 53 Städte und Gemeinden mehr Chancen bieten als zurzeit genutzt

werden. Deswegen soll das Europa-Referat mit seiner Beratungskompetenz personell gestärkt werden. Der Informationspool, der hier geschaffen ist, kann auch die Rat- und Kreishäuser entlasten.

5. Das sogenannte Verschmelzungsmodell für die Freizeitgesellschaften ist heute nicht beschlussreif. In zahlreichen Städten steht die Positionierung noch aus. Wie immer die Lösung aussehen wird, niemand kann davon ausgehen, dass mit einem neuen Gesellschaftskonstrukt die finanziellen Probleme gelöst sind. Wenn die Bäder in Betrieb bleiben sollen - und darauf scheint die Willensbildung vor Ort hinauszulaufen - dann muss investiert und weiter subventioniert werden - und zwar mit den Städten. Es spricht auch nichts dagegen, wenn Städte dies allein tun wollen. Nur eins darf ich feststellen, schwarze Zahlen - also ohne Subventionierung - schreibt kein Bad, auch nicht in Dortmund.

6. Im kommenden Jahr werden wir intensiv in die politischen Beratungen zum ersten Regionalplan Ruhr einsteigen. Schon im Januar wird eine gemeinsame Sondersitzung von Planungs- und Umweltausschuss einen ersten Aufschlag machen. Ein besonderes Augenmerk wird meine Fraktion auf die Flächenpolitik legen. Aus den öffentlich gewordenen Abstimmungsgesprächen der Verwaltungen dieses Hauses mit den kommunalen Planungssämtern zeichnet sich ein Diskussionsbedarf über den Flächenumfang für Industrie, Gewerbe und Wohnen ab. Wenn sich z. B. eine Änderung der Bevölkerungsentwicklung - was ja grundsätzlich zu begrüßen ist - abzeichnet, dann ändert sich auch der Bedarf an Wohnbauflächen. Dass neue Arbeitsplätze heute einen anderen Flächenbedarf haben als zur Blütezeit von Kohle und Stahl wissen wir alle.

7. Wir bedauern sehr, dass wir mit der Erstellung des neuen Regionalplanes in eine zeitliche Verzögerung gekommen sind. Die Ursache liegt vorrangig in der Personalausstattung der hiesigen Regionalplanungsbehörde. Hierfür ist die Landesregierung verantwortlich, da es sich um die Wahrnehmung einer staatlichen Aufgabe handelt. Der Vergleich mit den anderen Regionalplanungsbehörden zeigt ein mehr als deutliches Missverhältnis zu Lasten des RVR. Hier muss dringend nachgebessert werden. Gleichwohl müssen wir uns gemeinsam um ein zügiges Beratungs- und Entscheidungsverfahren bemühen. Als Regionalplanungsbehörde bewirtschaftet der RVR die Teilpläne, die noch von den Regionalräten in Arnsberg, Düsseldorf und Münster erstellt worden sind. Er ist damit zurzeit zuständig für das nördliche, das östliche und das westliche Ruhrgebiet, nicht aber für Städte wie Bochum, Essen oder Gelsenkirchen, also die RFNP-Städte. Dies entspricht nicht dem Geist des Gesetzes zur Stärkung des Regionalverbandes.

8. Noch offen ist auch die Frage der Weiterfinanzierung der Route der Industriekultur und des Emscher Landschaftsparks. Hier ist die Landesregierung, deren Vertreter sich ja bei vielen RVR-Aktivitäten pressewirksam darstellen, gefordert, sich nun endlich verbindlich für eine zweite Dekade festzulegen. Da das ÖPEL-Programm von Minister Remmel gekippt ist, brauchen wir auch hier eine zeitnahe, verbindliche und gleichwertige Nachfolgeregelung. Wenn der jetzige Fördersatz von 80 % nicht gehalten wird, werden wir die Projekte entweder zeitlich strecken oder reduzieren müssen.

9. Wenn über das Ruhrgebiet als Metropolregion gesprochen wird, gibt es großen Konsens bei der Feststellung der Defizite im öffentlichen Personennahverkehr. Ab 2020 wird der RRX auf der Ost-West-Schiene hoffentlich eine

erhebliche Attraktivitätssteigerung bringen. Dieses System bedarf aber dringend ebenso attraktiver Nord-Süd-Verbindungen. Wir wollen diesen Aufgabenkomplex gemeinsam mit dem Verkehrsverbund in einer Studie untersuchen und Handlungsansätze aufzeigen lassen.

Meine Damen und Herren!

Noch in diesem Monat treffen sich die Oberbürgermeister und Landräte zur Gründung des Kommunalrates unter dem Dach des Verbandes. Der Gesetzgeber hat diesem neuen Gremium eine beratende Funktion zugewiesen. Wir hoffen auf neue Initiativen zur Zusammenarbeit in der Region. Der Verband bietet sich hierfür als Plattform an. In der Verbandsordnung, die wir in der nächsten Sitzungsrunde beraten werden, sollten wir auch Beigeordnetenkonferenzen installieren um die Kompetenzen der Fachebene stärker zu nutzen. Die Bündelung schafft Stärke, Parallelstrukturen sind weder politisch sinnvoll noch wirtschaftlich vertretbar. Welche andere Region hat solche Möglichkeiten wie wir?

Ich komme mit Blick auf die Uhr zum Schluss. Wir haben uns in der CDU-Fraktion sehr intensiv mit dem Haushalt 2016 beschäftigt. Herzlichen Dank an die Kollegen und Kolleginnen für die engagierte Mitarbeit in unserem Arbeitskreis, vielen Dank aber auch in die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die wir evtl. sogar mit der einen oder anderen Nachfrage genervt haben. Die größte Last hatte hier Frau Dr. Hubbert mit ihrem Team zu tragen. Bedenken Sie bitte, dass die größte Fraktion im Hause nicht im Verwaltungsvorstand vertreten ist. Danke für Ihr Verständnis!

Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

Glück auf!